

Ercheint wöchentl. 2 Mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buchhand-  
lungen des In- und Aus-  
landes an.  
Für Leipzig nehmen Be-  
stellungen an:  
die Expedition, Hohestraße 4.  
die Genossenschafts-  
buchdruckerei, Zeitzerstraße 44.  
K. Bebel, Peterstraße 18.  
J. Müller, Pappestraße  
8b, III.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 17 Sgr., für die übrigen  
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.  
pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend  
pro Quartal 12 Sgr.  
Filial-Expeditionen für die Ver-  
einigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Lönnerder,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 38.

Sonnabend, 10. Mai.

1873.

## Eigenthum und Arbeit. Gewaltstaat. Ehe und Erbrecht.

(Schlußartikel der Serie: „Der moderne Sozialismus und das veraltete Vorurtheil“.)

Es ist das „Privateigenthum“, welches nächst dem all-  
gemeinen Stimmrecht dem Verf. sehr viel Kopfzerbrechen verursacht.  
Zwar bezeugt er aus Marx, Lassalle, „Volksstaat“ und „Neuer  
Sozialdemokrat“, daß der moderne Sozialismus nicht das „Privatei-  
genthum“ schlechthin, sondern nur das durch Nichtarbeit und  
Ausbeutung Anderer (wie Speculation, Monopol, Kapitalismus,  
Erbchaft u. s. w.) angeeignete „Privateigenthum“ abschaffen und  
statt dessen das auf physischer oder geistiger persönlicher Selbst-  
arbeit beruhende „Privateigenthum“ einführen will. Allein er geht  
von dem Vorurtheil aus, daß das Eine nothwendig das Andere  
nach sich ziehe und daß, wenn erst einmal das kapitalistische Eigen-  
thum abgeschafft wäre, auch das nachherige individuelle Eigenthum  
aufgehoben werden würde; das sei eine Folge des „Materialismus“.

Wie aber, wenn dieser „Materialismus“ nur ein Phantom  
ist? Nun, dann hat der Verf. seine „Schlußfolgerungen“ unnützer-  
weise geschrieben! In der That „unnützerweise“. Denn die Frage:  
ob selbstarbeitendes Privateigenthum oder gar kein Privateigenthum?  
ist nicht eher spruchreif, als bis der verwirklichte  
Sozialismus Generationen hinter sich hat. Heute über  
diese Frage nachgrübeln zu wollen, wo man die Wirkungen des  
Regimes des selbstarbeitenden Eigenthums noch nicht vor Augen  
hat, ist ein durchaus fruchtloses Beginnen. Räthelt sich vereinst die  
sozialistisch organisierte Gesellschaft bei einem gewissen Grad von  
Privateigenthum wohl, nun so wird sie dasselbe behalten; wo  
nicht — nicht, d. h. wird sie auch das mobile Eigenthum collecti-  
vistisch machen, wie früher das immobile, gleichviel ob unser  
Zeitalter dies will oder nicht. Wir haben über eine so ferne  
Zukunft nicht zu disponiren, weder praktisch noch theoretisch; und  
zwar theoretisch deshalb nicht, weil uns jeder reelle Maßstab zur  
Beurtheilung der Zukunft fehlt.

Es wären somit die Expectationen des Verf. über dieses  
Thema einer Kritik nicht bedürftig, wenn sie uns nicht eine Hand-  
habe böten, die Kritiklosigkeit des gegnerischen Lagers zu ent-  
hüllen. In seiner Besprechung der Smith-Ricardo'schen Theorie  
der Arbeit sagt der Verfasser: „Die Arbeit ist ohne Zweifel einer  
der wichtigsten Pfeiler der Cultur, der Civilisation und der Moral;  
auch liegt in dem Satz, daß die Arbeit allein die Werthe schafft,  
etwas Humanitäres. Dagegen wirkt dieses Prinzip, isolirt hin-  
gestellt, auflösend, weil eine dauernde Sozialordnung doch nur mit  
dem Regime des Privateigenthums möglich ist. Während die Arbeit  
in der Gesellschaft das Element der fortschreitenden Cultur und  
der sittlichen Kraft repräsentirt, bildet das Eigenthum das eben so  
nothwendige Element der Stabilität.“ Den Schluß dieser Sätze  
wollen wir, gemäß unserer obigen Bemerkung, daß die Eigenthums-  
frage noch nicht spruchreif sei, einmal unangefochten lassen; wir  
haben jene Ausführungen nur citirt, um uns anzumerken, was der  
Verf. über die „Arbeit“ denkt. Spüren wir ihm nun weiter  
nach! Die Vertheilung des Arbeitsertrags, meint er (und wohl nicht  
mit Unrecht), werde im sozialistischen Staat über kurz oder lang  
in gewissem Sinne eine communistische werden müssen, weil man  
doch diejenigen, die beispielweise schlechten Grund und Boden  
zum Bebauen haben, gegenüber Denjenigen, die zufälligerweise  
guten Grund und Boden haben, nicht zu kurz kommen lassen  
dürfte. Dem Collectiv-eigenthum müsse also die collectivistische Ver-  
theilung des Produktionsertrags auf dem Fuße folgen. Gut!  
Damit ist aber der Untergang von Freiheit, Cultur und Fort-  
schritt gegeben, der communistische Staat wird niemals etwas An-  
deres sein können, als ein gewaltthätig zusammengeschaltener Staat  
von Sklaven.“ Zunächst wieder die indirekte Heuchelei, daß wir  
heute keinen „gewaltthätig zusammengeschalteten Staat von Sklaven“  
haben, daß vielmehr die Leute gern hohe Steuern zahlen, gern  
drei Jahre Soldaten spielen und sich placken, gern in den Krieg  
ziehen für dynastische Interessen — eine Heuchelei, deren Object  
nichts gegen uns beweist, selbst wenn der communistische Staat  
das wäre, für was ihn der Verf. hält. Allein in Wirklichkeit sind  
es doch nur Hypothesen, die der Verf. aufstellt, — Hypothesen,  
die eben nicht durch innere „Gewalt“ zusammengeschaltet sind. Ein  
Hauptargument gegen den Verf. Hypothese ist namentlich der Um-  
stand, daß im Zukunftsstaat jeder Wehrfähige Wehrmann ist —  
was bekanntlich heute nicht der Fall. Dadurch würde eine Ver-  
gewaltigung der Majorität durch die Minorität unmöglich.

„Nun“ — wird uns der Verf. wahrscheinlich zurufen — „so  
werdet Ihr die Minorität durch die Majorität vergewaltigen.“  
Zugegeben vorläufig. Immerhin ist es besser, daß 5 Prozent  
durch 95 Prozent vergewaltigt werden, als umgekehrt 95 Prozent  
durch 5 Prozent — wie es heute der Fall ist. Also selbst wenn  
der communistische Staat eine Vergewaltigung involvirt, ist er  
gegen den heutigen ein ungeheurer Culturfortschritt! Indes bringt  
es der Begriff der Sozialdemokratie mit sich, daß im Zukunfts-  
staat die „Gewalt“ nicht die rohe Form haben wird, die sie  
heute hat. Zwischen Gewalt und Gewalt ist nämlich ein Unter-  
schied. Sie kann durch Blut und Eisen — sie kann aber auch  
durch die Kraft des Geistes ausgeübt werden; sie kann in der  
Person des Flegels und sie kann in der Form des Gentleman's  
erscheinen. Nicht die Gewalt schlechthin ist das Abscheu-  
liche, Verächtliche, sondern die unmensliche Art, in der  
sie bislang auftrat. Eine gewisse Portion von Gewalt aber  
wird unter Umständen immer gebraucht werden müssen, denn die  
Gewalt ist den Menschen nicht gegeben, damit sie sie bloß an-  
sehen, sondern damit sie vernünftigen Gebrauch davon machen.  
Nicht die Gewalt überhaupt kann von uns abgeschafft werden,  
sondern nur die barbarische Form derselben; die Pöbelhaube

wird ihr heruntergeschlagen und ihr dafür ein menschliches Aus-  
sehen gegeben. Wenn der Verf. in den Worten „gewaltthätig zu-  
sammengeschaltener Staat“ die Befürchtung ausdrückt, der Zukunfts-  
staat könnte in denselben Barbarismus verfallen, wie der heutige  
Staat, so vergißt er, daß er von der Arbeit — dem Element  
des Zukunftsstaats — oben gesagt hat, sie sei „einer der wich-  
tigsten Pfeiler der Cultur, der Civilisation und der Moral“, und  
daß sie „in der Gesellschaft das Element der fortschreitenden Cultur  
und der sittlichen Kraft repräsentirt.“ Mehr kann man wahr-  
haftig nicht verlangen. Es ist also Unsinn, wenn der Verf. —  
siehe oben — späterhin sagt, die sozialistische, bez. communistische  
Gesellschaft sei „der Untergang von Freiheit, Fortschritt und  
Cultur.“ Der Verf. sollte nur zwei Minuten lang seine Gedanken  
zusammenhalten können! Er würde dann auch einsehen, wie es mit  
dem „Element der fortschreitenden Cultur und sittlichen Kraft“ —  
für welches er die „Arbeit“ hielt — nicht harmonirt, wenn er  
(Seite 432) sagt, daß die Arbeiter durch den Atheismus „schlie-  
lich zum rohesten Nihilismus gebracht werden; sie pflegen nur noch  
den „Cultus der gesunden Sinnlichkeit“, des ausschweifendsten Ge-  
nusses und der maßlosten Begierde.“ Der gottgläubige Theil der  
Bourgeoisie also trinkt keinen Wein, giebt keine Bälle, hat  
keine Bordelle, sondern hämmt sich Jahr aus, Jahr ein mit seinem  
„Entbehrungslohn“ ab! Wenn der Verf. nur einsehen, zu welchen  
Verirrungen die „ausschweifenden“ und „maßlosten“ Vorurtheile  
führen!

Und namentlich in Bezug auf „Ehe und Familie“. In diesem  
Punkte ist der Verf. der reine Pfafe. Er geht von der willkür-  
lichen Prämisse aus, daß „Atheismus und Materialismus zu  
keinen anderen Consequenzen (als zur Weibergemeinschaft) führen  
kann“, und deutelt darnach alle auf Ehe und Familie bezüglichen,  
selbst unzweideutigen Äußerungen der Sozialisten, hinterher diese  
noch verdächtigend: „man hat sich bis jetzt mit anerkennenswerther  
Klugheit der Behandlung dieser Frage fern gehalten.“ Resumiren  
wir daher kurz die übereinstimmenden Ansichten aller heutigen  
Sozialisten über dieses Thema:

Wir wollen zunächst die soziale Gleichstellung der Frau mit  
dem Mann. Sie ist damit natürlich nicht gezwungen, Cigarren  
zu rauchen und Anatomie zu studiren, sondern es steht ihr kein  
Hinderniß entgegen, das zu thun. Es werden ihr dieselben Er-  
ziehungs- und Bildungsmittel zur Verfügung gestellt wie dem  
Mann; sie wird diesem gleich an Leistungsfähigkeit. Das ver-  
stehen wir unter „Frauenemancipation“.

Hiermit ist die totale Veränderung in Bezug auf das Ehe-  
verhältniß von selbst gegeben. Der Mann, der fortan kein ihm  
untergeordnetes, sondern ein ihm ebenbürtiges Wesen zur Seite  
hat, ist gezwungen, sein Verhalten gegen die Frau, das bislang  
meist ein despotisches war, anders einzurichten. Heute kann sich  
die Frau nicht so leicht seiner erwehren, auch wenn er sie chikanirt  
oder gar maltreatirt; denn erstens ist sie meist erwerbsunfähig;  
zweitens erschwert das Gericht die Scheidung ungeheuer; drittens  
fürchtet sie die böse Leumundschaft. Anders dann; sie ist erwerbs-  
fähig, das Gericht darf sie nicht an der Scheidung verhindern;  
sie braucht den Leumund nicht deshalb zu fürchten, weil sie sich  
von einem lieblosen Mann nicht kränken lassen will. Unter solchen  
Umständen ist das Eheverhältniß, das gegenseitige Be- und Ver-  
tragen von vornherein ein anderes, als heute; denn die  
Ehegatten stehen sich als selbstbewußte, selbstständige Leute gegen-  
über. Und da ferner in der Wahl der Ehegatten eine größere  
Freiheit sein wird, weil das Geld- und Standesinteresse, das heute  
so oft bei Eingehung einer Ehe einen direkten oder indirekten  
Zwang auf einen der beiden Theile ausübt, wegfällt, so wird  
unter allen Umständen die Zukunftsche durchschnittlich eine viel  
glücklichere sein, als heute. Dazu kommt als Drittes, daß der  
häufigste Störenfried des häuslichen Glücks — der Nahrungs-  
mangel — im sozialistischen Staat für die Arbeitssamen verschwin-  
det. Es ist somit gar kein Grund vorhanden, für die Zukunfts-  
che Befürchtungen zu hegen. Im Gegentheil läßt sich mit Wahr-  
scheinlichkeit erwarten, daß, da die Bedingungen des Zusammenlebens  
für Mann und Frau günstiger sein werden, als heute, auch die  
Zuneigung der Ehegatten zu einander in der Regel stärker,  
mithin eine grundlose Trennung von einander seltener sein wird,  
als heute. — Leichtfertiges Verlassen des einen Theils Seitens  
des anderen würde wie jede Treulosigkeit gebrandmarkt sein und  
gerechtfertigtes wäre eben gerechtfertigt. Ueberdies würde leicht-  
fertiges Verlassen auf alle Fälle Seitens der Frauen viel seltener,  
als Seitens der Männer vorkommen; die Frau inclinirt von Natur  
bei Weitem nicht so für die Vielweiberei, als der Mann für die  
Vielweiberei; und schon diese empirische Wahrheit allein verbürgt  
die Gefährlosigkeit der zwangsfreien Zukunftsche. Die Frau wird  
nicht ohne Weiteres den Mann verlassen, oder es guthießen, daß  
er sie leichtfertig verläßt, — schon der Kinder wegen, deren Achtung  
und Liebe sich die Eltern werden erhalten müssen durch ihre  
Moralität, anstatt (wie heute oft) durch das Erbrecht.

Daß eine Frau, die verwitwet ist oder geschieden lebt, wieder  
heirathet, das ist ja auch heute erlaubt; im Zukunftsstaat erst recht.  
Der ganze Unterschied zwischen heute und dann besteht demgemäß  
nur darin, daß, während jetzt den Frauen eine berechtigte Tren-  
nung und die Wiederverheirathung durch vielfache gerichtliche Hinder-  
nisse unnützerweise erschwert wird, diese Hindernisse dann wegfallen.  
Zwei zu einander nicht passenden Charakteren, die sich in gegen-  
seitiger Bekennung verbunden haben, ist die Trennung gestattet;  
aber so lange diese Trennung nicht formell vollzogen, ist die  
Treulosigkeit Ehebruch und zwar um desto schwerer, je heimlicher  
sie ist. Der heimliche Ehebruch, der heute als Bravourstück  
ersten Ranges gilt, wird dann als gemeiner Betrug behandelt  
werden.

Mit der sozialen Emancipation der Frau und dem Recht Aller

auf Arbeit fällt auch selbstverständlich die heutige offizielle und  
nichtoffizielle Prostitution weg. Das Angebot hört auf, weil die  
Frau, die sich redlich und reichlich ernähren kann, sich nicht prosti-  
tuirt, und die Nachfrage bleibt aus, weil der Mann, der heute  
aus Mangel an Existenzmitteln für eine Familie nicht heirathen  
kann, dieses Ehehinderniß im Zukunftsstaat nicht kennt. Es wird  
die Natur in ihr Recht eingesetzt, das heutige unnatürliche Ver-  
hältniß der Geschlechter aufgehoben. Am meisten werden von dieser  
Wohltat die Töchter derjenigen heutigen Stände betroffen, welche  
durch das Vorurtheil von der pfaffenhaft eingeseigneten christlichen  
Ehe einerseits und den Mangel an Mitteln zur conventiellen  
Heirath andererseits am argsten leiden.

Und was die Kinder betrifft, welche im Zukunftsstaat nicht  
bloß, wie heute theilweise, communisticen Unterricht, sondern  
auch gemeinsame Erziehung genießen sollen, so ist in dieser Be-  
ziehung zunächst daran festzuhalten, daß mit dieser communisticen  
Erziehung durchaus nicht eine Entfremdung der Kinder von den  
Eltern verbunden zu sein braucht, zumal da der maßgebende Ein-  
fluß, den die Eltern auf das Kind während der ersten Lebens-  
jahre desselben unter allen Umständen haben werden, den dauernden  
Grund zur kindlichen Pietät legt. Von welchem Jahre an die  
halbe und von welchem Jahre an die ganze Erziehung dem Staate  
zufällt, das sind Dinge, die sich später erst durch die Praxis fest-  
legen können und über die heute zu diskutiren Thorheit wäre. So  
viel nur steht jetzt schon fest, daß das Prinzip der communisticen  
Erziehung bereits der Diskussion entrückt ist, weil es schon  
längst in die Praxis übergegangen ist. Beweis: Die Waisen-  
häuser u. dgl., sowie die großartigen, aristokratischen Pensions-  
Institute für Knaben und Mädchen in größeren Städten. Der  
Sozialismus will also nur, was bis jetzt im Kleinen gethan worden  
ist — für die Aermsten und die Beglücktesten —, im Großen aus-  
führen. Dabei kann sich der Sozialismus auf die empirische Wahr-  
heit berufen, daß die Kinder, die in Pensions-Instituten erzogen  
werden, ihren Eltern nicht entfremdet sind und daß ihr Geist  
vielseitiger und schneller ausgebildet wird, als im elterlichen Hause,  
das (nach Lage der Dinge) in der Regel gar nicht über die viel-  
seitigen und meist sehr kostspieligen Erziehungsmittel, wie sie ein  
großes Institut besitzt, disponiren kann.

So viel über dieses Thema, das unserer Meinung nach in dem  
vom Verf. citirten, aber nicht richtig verstandenen, meist in wahr-  
haft classischer Sprache geschriebenen „Communisticen Manifest“,  
sowie in der gesammten neu-sozialistischen Zeitschriften- und Pro-  
schürenliteratur kaum wesentlich anders aufgefaßt ist, als hier.

Und damit hängt das Thema vom Erbrecht zusammen.

Es ist durch das Vorstehende überflüssig, des Näheren aus-  
einandersetzen, wieso die Frage des Erbrechts mit der des  
sozialistischen Rechts auf Arbeit u. s. w. fällt und steht. Sobald  
Jeder weiß, daß seine wohlgezogenen Kinder nicht dem Elend preis-  
gegeben sind, auch wenn die Eltern verstorben, braucht er nicht  
seine Fähigkeiten zeitweilig in den Dienst der Erwerbsucht zu  
stellen, und kann er leichtem Herzens am Lebensabend anruhen,  
anstatt sich abzrackern und zu knauern für die „Erben“. Andererseits erhält durch den Wegfall des Erbrechts das Verhältniß  
der Kinder zu den Eltern — mit Verlaub, Herr Verfasser! —  
einen reineren Charakter. Es ist nicht mehr das schmutzige  
Geldinteresse, das wüthende Erbfeind, welches die Kinder an die  
Eltern bindet, sondern die ungetriebene Pietät. „Wenn mein Vater  
stirbt, bekomme ich's Haus“ — diese echt bürgerliche Rohheit, die  
man heutzutage fortwährend anzuhören hat, verschwindet im Zu-  
kunftsstaat. Man speculirt dann nicht mehr auf den Tod der  
Eltern, sondern freut sich ihres Lebens. — Vollends maßlose  
Heuchelei ist es sodann, das Erbrecht als unentbehrlich von der  
„Fortexistenz der Familie“ oder gar der Grundlage derselben —  
der „Sittlichkeit“ — zu erklären. Man müßte denn erst nach-  
weisen, daß Kinder, die von ihren Eltern nichts zu erben haben,  
diese weniger schätzen, als die im Gold geborenen. Das Erbrecht  
hat mit der „Sittlichkeit“ gerade so viel zu schaffen, wie jedes  
andere „Recht“, nicht mehr und nicht weniger. Der Verf. schlägt  
sich schließlich selber in's Gesicht, wenn er die Nothwendigkeit des  
Erbrechts damit begründen will, daß heutzutage die Zukunft eines  
Menschen wesentlich von den Bedingungen abhängt, unter denen  
er geboren wird. Eben weil durch das Erbrecht — das nur  
Wenigen vergönnt ist — die Reisten zu kurz kommen, in ihrer  
Zukunft beeinträchtigt sind, darum soll es abgeschafft werden, damit  
Alle Etwas haben.“

\*) Die Fortsetzung dieser Recensionsartikel bleibt vorläufig suspendirt.  
Der Verfasser hat die unangenehme Erfahrung machen müssen, daß —  
nachdem die ersten 3 Artikel bereits publizirt waren — sich eine in der  
Partei augenblicklich sehr einflussreiche Stimme darüber moquirte, daß der  
„Volksstaat“ „hochwissenschaftliche“ Recensionen über ein Buch bräuhete,  
das „nur von einem Duzend Arbeiter gelesen“ würde. Und doch hat  
der „große Meister Ferdinand Lassalle“ aber ein halb Duzend von Zammer-  
kerlen, deren Schriften gleichfalls „nur von einem Duzend Arbeiter gelesen“  
worden, ganze Bänder geschrieben.

Die Sache ist eben die: Wie es dem Anatomen gleich ist ob er den  
Cadaver eines Bettelmanns oder eines Königs vor sich hat, wenn er seine  
Präparate zurecht machen will — so ist es auch dem Kritiker egal — wer  
die Personage ist, die er zum Gegenstand seine Untersuchung nimmt.  
Lassing — dieser noch nicht abertwiffene Meister in der Kritik — hat  
die Ergebnisse seines Denkens in der Polemik mit zwei Haupt- (nicht-  
Deroen, sondern) „Eseln“ niedergelegt und doch liest jedermann heute noch  
mit Genuss die Anti-Ghe- und Anti-Kloy-Schriften. Was Lassing  
veranlaßt, mit dem obcursten „Hauptpastor“ anzubinden, war nicht der  
Mann selbst, sondern die durch ihn vertretene Klasse. Den Saft hat  
er geschlagen und den Esel gemeint. Dies muß für jede Polemik gelten;  
nur dann, wenn sich ihr allgemeine Gesichtspunkte abgewinnen lassen,  
ist sie berechtigt; sonst (d. h. wo sie sich nur gegen eine Person richtet)  
meist überflüssig.

## Die Internationale und der „Neue“.

London, 2. Mai 1873. Der „Neue“ enthält in Nr. 49 einen Lügenartikel über die letzten Prozesse der Internationale in Frankreich, der seinem Verfasser wohl ein Extra-Doucenr aus dem Replikationsfonds eingetragen haben wird, so die sind die Lügen aufgetragen. Für den Prozeß in Toulouse beruft sich der „Neue“ auf einen Artikel der Brüsseler „Internationale“; dieser Artikel ist selbst wieder der „Liberté“ entlehnt, und rührt her von Herrn Jules Guesde, einem französischen Flüchtling, der seit seiner Ankunft in Genf mit den übrigen Obergroßmännern der dortigen Emigration stark in die Bakunische Lärmtrumpete stieß und auf dem Juraföderation zu Sonvillier (Decbr. 1871) das bekannte Circular der Juraföderation mit unterzeichnet hat, wodurch die geheime „Allianz“ des Herrn Bakunin der öffentlichen Internationalen den Krieg erklärte. Welche Rolle Herr Guesde in der französischen Internationalen gespielt hat, werden wir gleich sehen. Er nennt Herrn Dentragnues, der in diesem Prozeß seine Mitangeklagten als Mitglieder der Internationalen benannt hatte, den Generalbevollmächtigten von Marx und will diesem, sowie dem Generalrath und der „autoritären Organisation von Oben herab“ die Schuld an diesem Verrath und an den erfolgten Verurtheilungen beimessen.

Hier sind die Thatfachen.

Herr Dentragnues, Zeichner auf dem Eisenbahnbureau zu Bézinas (Dep. Hérault) wandte sich am 24. Decbr. 1871 an den Generalrath mit der Anzeige, daß ein radikal-demokratisches Comité, sieben Gewerkschaften vertretend, und dessen Präsident er sei, die Annahme in die Internationale verlange. Am 4. Januar schrieb der Secretair für Frankreich an Calas in Bézinas (jetzt zu 1 Jahr verurtheilt), der durch Zeugniß des affiliirten sozialdemokratischen Comité in Béziers (Hérault) — seine Mitglieder sind ebenfalls verurtheilt, und waren überdies verschiedenen in London anwesenden Communemittgliedern als zuverlässig bekannt — vollkommen beglaubigt war. Am 14. Januar stellte Calas dem Dentragnues das Zeugniß der Zuverlässigkeit aus, sagte, er habe sich mit ihm verständigt, „wir werden einander in die Hände arbeiten“. Im März verlegte Dentragnues seinen Wohnsitz nach Toulouse; er war also dort bei seiner Verhaftung volle neun Monate thätig gewesen, und weit entfernt, sich über ihn zu beklagen, hatten die Toulouser Internationalen fortwährend im Einklang mit ihm gelebt, und bekräftigten dies, indem sie ihn am 18. August in allen vier — zahlreichen — Sektionen einstimmig zum Delegirten auf den Haager Kongreß wählten. Die vier Mandate, nur von den Comitémitgliedern und Gruppencapitänen unterzeichnet, tragen zusammen 67 Unterschriften. Wenn also der Generalrath diesen Mann zu seinem Bevollmächtigten für Toulouse und Umgegend ernannte, so drückte er dadurch nur den Wunsch der dortigen Mitglieder selbst aus.

Nun zu Herrn Guesde.

Am 8/18. August 1872 erklärte die Sektion Montpellier dem Generalrath, daß Herr Pascal Brouste, Correspondent und Freund des Herrn Guesde, verleihe, eine Spaltung in der dortigen Sektion hervorzurufen; er verlange, die Mitglieder sollten die verabredeten Beiträge zu den Reisekosten des Toulouser Delegirten nicht zahlen, überhaupt, gar nichts thun bis der Haager Kongreß entschieden habe. Herr Brouste sei deshalb von der Sektion ausgeschlossen worden; sie verlange, daß der Generalrath ihn von der Internationalen ausschliesse. Der Brief war unterzeichnet von Calas und drei Andern. Der Generalrath wußte, daß Herr Brouste im Interesse der Secessionisten der Juraföderation dort intrigirte, hielt es aber für überflüssig, dem jungen Mann — er war Student der Medicin, weitere Wichtigkeit zu geben und ließ ihn laufen. Herr Guesde, damals in Rom, schrieb Anfang December eine Correspondenz an die „Liberté“ worin er das ganz selbstverständliche Verfahren der Sektion Montpellier als „autoritär“ anklagt; aber, während er seinen Freund Brouste nur mit dem Anfangsbuchstaben bezeichnet, läßt er den Namen „Calas in Montpellier“ vollständig abdrucken. Die französische Polizei ließ sich das nicht zweimal sagen. Ein Brief, um diese Zeit vom Secretair des Generalraths an Calas abgegangen, wird sofort auf der Post angehalten; in diesem Brief war von Dentragnues viel die Rede; sofort wird Dentragnues verhaftet und bald darauf auch Calas.

Wer war nun der Denunziant, Dentragnues oder Guesde?

Wenn Herr Guesde ferner erzählt, daß die Absendung von missi dominici des Generalraths, daß das Kommen und Gehen von Delegirten von außerhalb, deren Signalement der Polizei wohlbekannt, das beste Mittel sei die Internationale in Frankreich zu verrathen, so vergißt er:

1) Daß die drei Bevollmächtigten des Generalraths in Frankreich keine von Augen zugereisten Weltbeglucker, sondern an den Orten wo sie beglaubigt, anfällige und durch das Vertrauen der Sektionen selbst bezeichnete Leute waren;

2) Daß die einzigen internationalen „Delegirten von außerhalb“ die in Südfrankreich vor Herbst und Winter figurirt haben, nicht vom Generalrath gesandt waren, sondern von den Secessionisten der Juraföderation. Diese Herren polterten auch so laut in öffentlichen Cafés in Toulouse u. s. w. kurz vor den Verhaftungen, daß die Aufmerksamkeit der Polizei dadurch auf unsere Association gelenkt wurde; nur daß, wie überall und immer, auch für die wirklichen Internationalen gefaßt wurden, während die anarcho-socialistischen Orogymnasten sich des besonderen Schutzes der hohen Polizei erfreuen.

Wenn Herr Dentragnues aus persönlichen Motiven und aus Schwäche einige Enthüllungen gemacht hat, so sind Gründe genug vorhanden, die beweisen, daß er bis zu seiner Verurtheilung kein Polizeispion war. Unter keinen Umständen haben die Herren von der Allianz, deren Mitspitzer der jetzige bonapartistische Agent Albert Richard von Lyon war, Ursache, auf andere Leute Steine zu werfen, und noch weniger der „Neue“, dessen politijistische Vergangenheit und Gegenwart den größten Schandfleck der deutschen Arbeiterbewegung ausmacht.

Was den Pariser Prozeß angeht, so sieht jetzt fest, daß Habdeghem Polizeispion war. Dieser Mann, von seiner Sektion in Paris zum Secretair ernannt, berief sich auf das Commune- und Generalraths-Mitglied Kanvier, der ihm ein glänzendes Zeugniß der Zuverlässigkeit und Thätigkeit ausstellte; auf dieses hin wurde Habdeghem zugelassen. Wie im ersten Falle, so auch in diesem, hatte also der Generalrath alle ihm zu Gebote stehenden Vorsichtsmaßregeln beobachtet.

Neu ist die Behauptung, daß Bakunin auf dem Haag ausgeschlossen worden sei, weil er „das verberliche Treiben der geheimen Verschwörungen beseitigen“ will. Die Kommission des Haager Kongresses über die „Allianz“, der die Statuten dieser Bakunischen geheimen Verschwörung — nicht gegen die Regierungen, sondern gegen die Internationale — vorgelegt wurden, kam zu einem ganz andern Resultat.

Ebenso neu ist die Behauptung, Marx habe „mehr als ein Duzend Kommunistenprozesse seiner Anhänger erlebt.“ Die Ge-

sichte weiß nur von dem einen in Köln 1853 verhandelten Kommunistenprozeß; aber der Neue wird nicht dafür bezahlt, daß er die Wahrheit sagt. Jedemfalls werden wir seine Schlussfolgerung im Gedächtniß halten: „Das Mandat der Polizeigewalt; dort wo sie einen Tendenzprozeß hervorruft, formell auch ihre geheimen Agenten zu verurtheilen, ihnen aber später im Gefängniß ein bequemes Leben zu bereiten.“ Dieser aus dem „Leben“ des Herrn von Schweizer gezerrte Passus verdient alle Verberzigung.

„Mögen also die Arbeiter immer die Augen offen haben“ wenn die Herren vom „Neuen“ zufällig einmal „formell verurtheilt“ werden sollten!

## Politische Uebersicht.

Vor Kurzem erdreistete sich die Englische Regierung, einem Afrikanischen Fürsten, dem Sultan von Zanjar, moralische Vorstellungen wegen des von ihm betriebenen Sklavenhandels zu machen; zu ihrem Entsetzen wurde sie durch das geflügelte Wort abgesetzt: „es gibt Spießbüben überall.“ Und, fügen wir hinzu, in Zanjar sicherlich nicht die meisten. Ob wohl der Abgedunkelte Richter neulich daran dachte, als er von dem schmachvollen Schwindel des „Reichsinvalidenfonds“ ein kleines Zupfchen des Schleiers lüftete und eine Wolke reichsherrlicher Dünste, wie Heine in seinem Wintermärchen sie geahnt, emporsteigen ließ? Doch die edlen, lilienreinen Reichsboten wollen nicht sehen und nicht — riechen. Sie haben „ihre Gründe“ à la Bamberger. Der „Frankfurter Beobachter“ schreibt über diese „nicht mehr ungewöhnliche“ Manier, die deutsche Wiederkeit und Sittenstrenge den „verdorbene[n] Franzosen“ ad oculos zu demonstrieren:

„Bei der Verhandlung über den Reichsinvalidenfonds sagte der mit politischen Prophezeiungen sonst sehr sparsame Finanzminister Camphausen, als es sich um die Zulässigkeit der Anlage der Gelder des Invalidenfonds in auswärtigen Staatspapieren handelte, unter Anderem Folgendes:

„Ich werde nicht den Versuch machen, Sie darauf hinzuweisen, daß es eigentlich auch für eine späte Zukunft sehr große Vorzüge haben könnte, Anleihen auswärtiger Staaten zu besitzen. Ich werde mir kaum gestatten, daran zu erinnern, daß, wenn wir an die Möglichkeit glauben wollten, daß wir nochmals einen Krieg erleben würden — ich wünsche ihn nicht zu erleben — (Ruf: Ich auch nicht! Ich auch nicht!) — Aber er kommt! im Centrum. — Heiterkeit. — Muß kommen! links, daß dann der Besitz eines großen Quantums auswärtiger Papiere außerordentlich erwünscht sein, außerordentliche Vortheile bieten würde, indem man in dem Zeitpunkte, wo das inländische Capital auf einmal gewaltig in Anspruch genommen wird, in der Lage sein würde, sich die Hilfe des Auslandes zu erzwingen.“

Aus dem Invalidenfonds wird also bereits ein eventueller Kriegsfonds, mit dem man sich „die Hilfe des Auslandes erzwingen kann“. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch die Chancen für neue „glorreiche Ereignisse“ sehr gefördert werden. Aber auch nach einer anderen Seite hin wird der Reichsinvalidenfonds seine heilbringenden Eigenschaften beweisen. Schon der Abg. Vasker betonte, daß durch die Zulassung von sogenannten „Lombarddarlehen“ (wie es schließlich auf Antrag des Bankier Bamberger auch durchgeführt ist) der Staat der Hüter und Beförderer der wildesten Börsenspeculation werden würde. Abg. Richter vervollständigte das Bild, indem er positiv behauptete, daß im Reichstage selbst mit Rücksicht auf die Chancen des Invalidenfonds schon Börsenspeculation abgeschlossen würden. Ohne einen Widerspruch seiner Kollegen zu erfahren, sagte Hr. Richter Folgendes:

„Ich kann versichern, daß selbst in diesem Saale schon communale Papiere verhandelt worden sind und daß dies erst aufgehört hat, als die Commission beschloß, hatte, communale Papiere nicht zuzulassen. Wenn Sie diese Papiere zulassen, so schwöre ich Ihnen, es treten Verhältnisse ein, wie wir sie jetzt lebhaft auf dem Gebiete des Eisenbahn-Concessionswesens beklagen.“

Die fraglichen Papiere wurden aber schließlich doch zugelassen und sogar die Lombarddarlehen auf Bamberger's Antrag hinzugefügt. Damit haben sich denn die Ansichten derjenigen Reichstagsmitglieder äußerst günstig gestaltet, welche nach des Abgeordneten Herz Anspruch für die mangelnden Diäten reichlich durch Börsenspiel an der Quelle entschädigen. Daß der Saal, worin die „Vertreter des deutschen Volkes“ tagen, nach einem auf der Tribüne des Reichstags selbst gegebenen Zeugniß bereits zu einer Winkelfiliale der Börse gemacht wurde, das mag als passende Illustration der „Herrlichkeit des Reiches“ dienen. Und es bezeugt in hohem Grade die moralische Atmosphäre, welche in diesem Reichstage herrscht, daß Keiner den Muth hat, die Namen derjenigen zu nennen, welche an dieser Corruption theilnehmen. Es wird in der parlamentarischen Geschichte einzig dastehen, daß solche schwere Anklagen, wie sie beispielsweise der Abg. Richter hier auf der Tribüne des Reichstags gegen die eigenen Genossen in der Volksvertretung erhob, als etwas ganz Unbeachtenswertes bei Seite geschoben wurden, während es doch ganz gewiß sowohl „die Würde des Hauses“ als das Volks- und Staatsinteresse gebieten mußten, daß der Präsident den Redner zu einer Erläuterung und Rechtfertigung seiner Worte aufgefordert hätte, zumal dieselben ja nur den Beleg für die Behauptung bilden sollten, daß eine Aera der Corruption ärgster Art bevorstehe! Wem mögen dabei nicht jene historischen Scenen in der französischen Deputirtenkammer unter Louis Philipp einfallen, wo die Klagen der Linken über das herrschende Corruptionssystem an der Schamlosigkeit der gowernementalen Majorität wirkungslos abprallten und die „Makler der Corruption“ sich in vollkommene Sicherheit einwiegen — bis der 24. Februar 1848 sie zu jähem Erwachen brachte!

So der „Frankfurter Beobachter“. Während die „christlichen Leute“ des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte“ mit dem Reichsinvalidenfonds die landesüblichen Geschäfte machen und sich mit Bagener-Stieber und Miquel müßen, ziehen die Reichsinvaliden mit dem ebenfalls landesüblichen Peierlasten schaarweise durch's Land und verklären der Welt, wie herrlich doch die deutsche Herrlichkeit ist — für die großen Herren, die am „Milliardentopf“ sitzen. Und „die Dummen werden nicht alle“.

— Ablige Diebinnen. Zu Anfang dieses Monats standen vor dem Wiesbadener Schwurgerichte zwei hochadlige Damen, Frau von Langsdorff mit einer Jahresrente von 900 fl., und Frau von Recum, ihre Tochter, mit einem Vermögen von 30,000 fl., beide angeklagt verschiedener Diebstähle, namentlich der Annektion von Spitzen und derartiger Dinge. Die Dritte im Bunde, Fräulein von Langsdorff, ist in der Untersuchungshaft irrsinnig geworden; das kreisärztliche Gutachten behauptet indes, man könne daraus nicht schließen, daß sie schon zur Zeit, als die Diebstähle verübt worden, irrsinnig gewesen sei. Kurz vor der „Katastrophe“ hat dies jetzt irrsinnige Fräulein an der Hand eines Prinzen auf einem Hofball die Welt entzückt (viel-

leicht durch ihre feinen Spitzen?) Die beiden Angeklagten wurden in allen Fällen für schuldig befunden und Frau von Langsdorff zu 18 Monaten Zuchthaus, Frau von Recum zu ebensolcher Gefängnißstrafe, und beide zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurtheilt. Die „ausländische“ Presse ist natürlich mit möglichster „Objektivität“ über diesen schönen Fall hinweggegangen. Hätten zwei Proletarierfrauen für ihre hungernden Kinder ein Stück Brod gestohlen, so wäre gewiß die Sozialdemokratie dafür verantwortlich gemacht worden und zwar mit aller sittlichen Entzückung. Hier können wir wieder einmal sonnenklar beweisen, wo das eigentliche Lumpenthum steckt, wenn ablige Weibsbilder, welche sich getrost auf ihre Renten und auf ihre faule Haut legen und mit Prinzen hätten weiterzuziehen können, aus purer Leidenschaft in das Laster der Annektion, zu deutsch des gemeinen Diebstahls verfallen. Welch ein fauler Fieck für die adligen „Stammabäume“ aller Orten!

— In Hamburger Blättern werden Schullehrer gesucht, die sich zu Schriftsehern ausbilden wollen. Bis jetzt haben sich schon 84 Mann gemeldet, darunter 3 Doctoren der Philosophie. Wahrhaftig, die elende Lage der Schule, des „Aschenbrödelns im Staate“, kann nicht treffender illustriert werden! Daß auch Doctoren der Philosophie sich auf dem Ratheder nicht heimisch fühlen, darüber darf man sich nicht wundern im neuen Reich, wo „rechtsam“ und „linksam“ die Haupt-Lehrsätze der „Philosophie“ geworden sind.

Ein Harlekin. Hr. Bernstein von der „Volkszeitung“, läßt das Ammenmärchen, daß ein Berliner Steinträger 6 Thlr. pro Tag verdiene, nicht ruhen und er widmet diesem „durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung als zweifellos festgestellten“ — Unsinne folgende sinnige Betrachtung: „wenn ein Zustand um sich greift, wo rein körperliche Kräfte einen Lohn gewinnen, den geistige Arbeiten, Geschicklichkeit der Hand, Fleiß und Uebung nicht zu erschwingen im Stande sind, so steht uns eine Zeit der Verwüstung des Geistes und Vernachlässigung von Fähigkeit und Fleiß und Uebung bevor, worin wir anstatt vorwärts zu schreiten, einen Rückschritt in Kultur und Civilisation machen!“

Herr Bernstein meint nämlich: Niemand wird fortan eine complicirte Arbeit mehr machen wollen, wenn die rohe so gut bezahlt wird, — anstatt hier gerade die Angebotnachfrage-Theorie anzuwenden. Denn in Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Weil das Angebot für complicirte Arbeit in Folge des (fictiven) Steinträger-Fünfthalerlohns nachlassen wird, darum muß auch der Lohn für die complicirte Arbeit steigen. — Und gesetzt: er stiege nicht. Was geschähe dann? Der Lehrer, der jetzt nur 20 Groschen den Tag verdient, würde fortan mit Vergnügen eine Stunde täglich „Steine tragen“, um — den Rest des Tages sorgenfrei leben und studiren zu können; er brauchte dann gar nicht mehr „Lehrer“ zu sein, denn er verdiente in dieser einen „Turnstunde“ so viel wie sonst durch Tag- und Nachtunterricht. Ist das etwa eine „Vernichtung des Geistes“? Im Gegentheil: die Geister würden da erst aufleben können! Leider würde nur dieser glückliche Zustand nicht lange anhalten; denn wenn Alle, die heute pro Tag nur 20 Groschen verdienen, fortan ihren Erwerb auf solche Weise wie unser „Lehrer“ suchen wollten, so würde das Angebot von „Steinträgern“ gar bald so riesig werden, daß die „5 Thaler“ auf mindestens 1 Thaler herabsinken. Dies zum Troste für Herrn Bernstein. Und wenn er am Schluß noch erinnert: „Die Klühe und die Hühner stricken nicht und doch wird Butter und Ei theurer, in demselben Maße als das Geld wohlfeiler wird“ — so gibt er damit zu, daß auch die „Butter“ und das „Ei“ des Arbeiters — die Arbeitskraft — theurer werden muß, gleichviel ob dieser „aufgehört“ wird oder nicht. Es fragt sich nun: wer das „Karnidel“ gewesen; d. h. wer zuerst im Preise aufgeschlagen ist und wer zuerst zum „Wohlfleiserwerden“ des Geldes beigetragen hat. Kann Herr Bernstein etwa nachweisen, daß die Arbeiter dies gewesen sind? Oder giebt er zu, daß die Arbeiter erst dann zu „stricken“ anfangen, als der Lohn zum nothdürftigsten Lebensunterhalt nicht mehr ausreichte? Wer nun anders als die kapitalistische Production hat die gegenwärtige Situation geschaffen? Wer anders hat „Butter und Ei“ dem Proletariat entzogen? — Da nun weder Klühe noch Hühner ein besonderes Bedürfnis haben, gerade von Demen gegessen zu werden, die im Besitze des meisten Geldes sind, so müssen besagte Naturgesetze — um Allen zu gute zu kommen — dem Monopol des Kapitals entrisen werden. Dies geschieht natürlich nicht durch Strides und durch Lohnverhörungen, sondern kann erst die Folge der communistischen Organisation sein.

Zur Königsröckflucht. Nach der „Kreuzzeitung“ sind in dem Kreise Demmin, dessen Bevölkerung auf dem platten Lande nach der letzten Zählung 32,168 Einwohner zählte, in 18 Jahren nicht weniger als 13,050 Personen ausgewandert. Das Amtsblatt in Cöslin zählt in 14 Nummern 1157 Personen auf, welche sich durch Auswanderung der Militärschicht entzogen. Nicht besser ist es in Schleswig. So sind in diesem Jahre aus Alsen schon an 1500 Personen ausgewandert.

— Gottfried Kinkel, der bekannte poetische Faselhans und „freisinnige“ Frömmel, der 1849 von seiner energischen Frau als „Republikaner“ in den Reichsoberparlamentskampf geschickt wurde und hente, da seine Frau gestorben ist, ungestört den preussischen Reiches reiten darf, spukte dieser Tage in der Presse umher, indem erzählt wurde, er sei plötzlich so eminent vom deutschen „Nationalgefühl“ begeistert worden — „Begeisterung“, zu deutsch Confusion, hat ja in dem Leben dieses Mannes eine Hauptrolle gespielt — daß er die preussische Regierung um die gerade vakante Stelle eines Professors der Kunstgeschichte an der Universität Straßburg angebettelt habe. Die preussische Regierung, deren Kunstgeschichts-Professoren und „Astronomen“ bei Krupp in Essen ihre Katheder haben, soll das Anerbieten abgelehnt haben. Dagegen verwahrt sich nun Kinkel und meint, es sei ihm ganz wohl in seiner Stellung am Polytechnikum zu Zürich, wo er über Kunstgeschichte leste, und behauptet, es habe ihm nur ein Freund seine Protektion für den Fall angeboten, als die preussische Regierung mit ihm verhandeln wolle. Dies sei aber nicht der Fall gewesen. Wir meinen, den Füchsen seien die Trauben stets zu sauer, die sie nicht erwischen können, und wir würden gar nichts Auffälliges darin sehen, wenn ein so eingeseifelter Bornisat, Wortpatriot und Reichsfreund, wie Kinkel, im Solde Bismarck's mitarbeitete an der Verpreßung des mit Blut und Eisen „wiedergewonnenen Bruderstammes“.

— Zur Affaire Scheu-Oberwinder haben wir mit Bedauern zu bemerken, daß der Redaktionsausschuß des „Volkswillen“ das von Scheu proponirte Schiedsgericht abgelehnt hat. Wir wollen die Gründe hier nicht untersuchen, — gewiß ist aber, daß die Ablehnung eine schwere Verantwortlichkeit einschließt.

## Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei!  
Der in Nürnberg in die sozialdemokratische Arbeiterpartei aufgenommenen, zur Zeit in Heidelberg sich aufhaltende Dr. Friedrich Woot, ist wegen schwerer Schädigung der Partei von der Mitgliedschaft ausgeschlossen und werden alle Mitglieder gewarnt, denselben den Zutritt zu den Parteiveranstaltungen noch ferner zu gestatten.

In wie weit der Beschluß der Nürnberger Parteiverammlung vom 10. Februar (S. Nr. 15 des „Volkstaat“) auf noch andere Personen, die inzwischen ihren Austritt angemeldet haben, insbesondere aber auf diejenigen auszuweiten ist, die dem intriquanten Treiben des Dr. Woot nahe gestanden und Vorschub geleistet, wird der nächste Parteikongreß entscheiden.  
Hamburg, den 14. April 1873.

Der Ausschuß der soz.-dem. Arbeiterpartei  
Ed. Fren, Vorsitzender.  
Th. York, Sekretär.  
Erste Vorsitzende, Hof Nr. 13.

## Gewerkschaften.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Landsbut, 30. April. Es ist nun bereits ein Jahr, daß wir hier in Landsbut einen Fachverein gegründet haben, wohl vorerst nur lokaler Natur, aber doch in der Voraussicht, daß es uns mit der Zeit möglich werde, uns dem Allgem. deutschen Schneiderverein anzuschließen. Es ist zwar nicht viel, was dieses Jahr im Großen und Ganzen für die Sache der Arbeiter von uns geleistet worden; wir haben aber gethan, so viel in unseren Kräften lag; die örtlichen Schwierigkeiten, wovon nicht die geringste in der Gleichgültigkeit der Masse und auch in der Abneigung gegen die soziale Bewegung überhaupt bestand, zu überwinden. Zu Anfang Dezember veranstalteten wir eine öffentliche Schneiderversammlung, in der Herr Rick aus Regensburg referirte und wobei er unter Anderem vorzugsweise betonte, wie notwendig und vortheilhaft es für jedes Mitglied sei, dem Allgem. deutschen Schneiderverein anzugehören, und daß nur durch eine allgemeine Vereinigung dem Grunde, unter dem jeder Arbeiter leidet, wirksam entgegen gearbeitet werden kann. Bei dieser Versammlung waren aber auch wieder Viele nicht anwesend, und so standen wir beiläufig nach derselben auf dem alten Fleck. Doch verloren wir den Muth nicht, wir beschloßen den Anschluß an den Verein und traten, 17 Mitglieder stark, demselben Ende März bei. Da wir schon längere Zeit eine Lohnerhöhung im Auge hatten und die Zeit uns gerade günstig war, so beriefen wir mittelst Cirkular auf Freitag den 4. April eine Versammlung ein, bei welcher von den Unterschriebenen nur 4 Mann fehlten. Die Meisten unterschrieben die Tarife und wir gewannen bei dieser Sache so viel, daß jetzt unsere Mitgliedschaft auf 42 gestiegen ist. Nur Eine Werkstätte, nämlich die des Herrn August Heier, ist nicht eingetreten und hat sich auch nicht an der Versammlung betheiligt, weil jene Arbeiter die Gnade und Gewogenheit ihres Herrn Prinzipals nicht entbehren können. — Zugleich den Mitgliedern des Allgem. deutschen Schneidervereins zur Nachricht, daß wir nach § 1 unserer Statuten einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis führen, der, mit Ausnahme Samstags, jeden Tag von 7—9 Uhr Abends im Lokale: Bierbrauer Schmid, vormals Weymüller, untere Altstadt, vermittelt wird. — Bei Schluß dieses Schreibens wurde mir ein Schreiben des hiesigen Magistrats übergeben, worin ich aufgefordert wurde, den Vorort des Allgem. deutschen Schneidervereins bekannt zu geben — zu welchem Zwecke weiß ich noch nicht. Vielleicht hängt diese Aufforderung mit der Auflösung der Mitgliedschaft der Arbeiterpartei zusammen. Wollen sehen! Wir werden fest auf unserm Posten sein und Wache halten für unsere Sache. — Hoch die sozialdemokratische Arbeiterpartei und ihre Vertreter!

Mit Gruß der Besvollmächtigte: Wünschheim.  
Adresse: bei Mohr, Schneidermeister, Grasgasse, Dallerbräu.

### Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Chemnitz, 6. Mai. Den Mitgliedschaften diene hiermit zur Kenntniß, daß die auf die Pfingstfeiertage nach Dresden einberufene Generalversammlung unter folgender vorläufigen Tagesordnung:

- 1) Rechenschaftsbericht;
- 2) Statutenabänderung, resp. nochmalige Vorlage der im November bekannt gegebenen Statuten;
- 3) Ueber Organisirung der Krankenkasse in Lokalverbände; im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, Palmstraße 20, stattfinden.

Es ergeht nun an sämtliche Mitgliedschaften die dringende Aufforderung, diese Generalversammlung zahlreich durch Delegirte zu beschicken und die Anmeldungen der Delegirten direkt an das Comité zu Händen des Herrn Moritz Schiller, Palmstraße 20, Arbeiterbildungsvereinslokal in Dresden, gelangen zu lassen, damit dem Comité die Anzahl der Kommanden rechtzeitig übermitteln wird. Die Ankunft der Delegirten sollte womöglich im Laufe des Sonnabend Nachmittags stattfinden, da eine Volksversammlung am Plage sein dürfte, oder mindestens eine Vorversammlung der Delegirten.

Das Erkennungszeichen am Bahnhof wird vom Lokalkomitee durch den „Volkstaat“ später bekannt gegeben werden. Folgende Anträge sind an dem Ausschuß eingegangen. Braunschweig: von den Steuern nicht mehr  $\frac{1}{2}$  an die Hauptkasse, sondern nur die Hälfte einzuschicken. Chemnitz: 1) die jedesmalige Generalversammlung bestimmt die Vornahme der Wahl des Hauptkassiers; 2) die Krankenkasse lokalisiert, aber auf Gegenseitigkeit beruhend, einzurichten.

Mitgliedschaften, die noch Anträge zu stellen genommen sind, ersuchen wir, dies schleunigst zu thun, da dieselben sonst nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

Der Ausschuß.  
NB. Da verschiedene Anfragen betreffs der Krankenkasse an uns gelangt sind, wir aber in Folge des jetzigen mangelhaften Status nicht in der Lage sind, Abhilfe zu verschaffen, so bitten wir Alle, sich bis zur Generalversammlung zu gedulden.

### Allgem. deutscher Schuhmacherverein.

An unsere Kollegen nach und fern! In Berlin sehen 3000 unserer Kollegen bereits mehrere Wochen in hartem Kampf und wiederholter Hülseruf mahnt uns an unsere Pflichten. Unsere Berliner Kollegen, die zu jeder Zeit für das Wohl ihrer Berufsgenossen kräftig in die Schranken traten, die im vergangenen Jahre an Unterfertigung hunderte von Thälern nach auswärts schickten, die, wenn sie siegen, einen Sieg für uns Alle erkämpften, und deren Niederlage eine Niederlage für uns Alle bedeutet; diese unsere

Collegen sollten im Stiche gelassen werden, ihr Hülseruf sollte uns kalt lassen, sie sollten bei der rapiden Preissteigerung aller Bedürfnisse weiter darben bei einem Hungerlohn? Das hieße gleichgültig zusehen, wie Tausende unserer Brüder und hinterher wir selber dem Rachen des Kapitals erbarmungslos zum Opfer fallen. — Kollegen allerorts, das darf nicht sein! Hilfe, schnelle Hilfe muß geschafft werden. Die Schuhmacher einer Stadt, die in der Lage sind, auch nur das Geringste beitragen zu können und sie unterlassen solches — sie begeben Unrecht an sich selber.

Im Auftrage der Mitglieder des Allgemeinen Schuhmachervereins in Bremen

### Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Hamburg. Der Strife dauert fort. Unterstützungen werden angenommen: Neuer Wall 7 bei Flachsbarth.

### Das Strife-Comité.

Stuttgart. Bei der am 3. Mai stattgefundenen Generalversammlung der hiesigen Mitgliedschaft wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, nachstehende Forderungen den Prinzipalen vorzulegen: 1) einen Normalarbeitstag von 10 Stunden; 2) Ueberstunden mit 25 Prozent Vergütung; 3) Abschaffung von Kost und Logis beim Prinzipal. Da wir noch nicht wissen, ob ein allgemeiner Strife ausbrechen wird, bitten wir auswärtige Mitgliedschaften, bis auf weitere Anzeige den Zuzug von hier fernzuhalten. Mit collegialischem Gruß der Vertrauensmann.

### Verein der deutschen Steinmetzen.

Die Hildesheimer Kollegen beantragten unterm 15. v. M. eine Lohnerhöhung von 25 Prozent. Diefelbe wurde bis zur gestellten Frist von den Meistern, mit Ausnahme von Saute, Bosh, Rosenberger und Schreier acceptirt, bei welsch letzteren die Kollegen die Arbeit einstellten, laut Beschluß der Versammlung. Sie wurden jedoch auch von den andern Meistern nicht eingestellt auf Grund einer getroffenen Vereinbarung, nach welcher kein Colleague, der wegen Lohnminderungen die Arbeit einstellte, bei einem andern Meister Beschäftigung erhält. Die betreffenden Kollegen müssen die Stadt verlassen, und warnen wir vor Zuzug.

Die Mitgliedschaft Hildesheim.

B. Kohn.

### Deutscher Stellmacher Verein.

Am 1. und 2. Juni dieses Jahres tagt der Kongreß deutscher Stellmacher in Dresden. Tagesordnung: 1) Wahl eines Büreaus; 2) Prüfung der Mandate; 3) Genehmigung des Jahresabschlusses; 4) Entscheidung über eingegangene Beschwerden über die Vereinsleitung; 5) Veränderung resp. Verbesserung des Statuts; 6) Wahl eines Vorsitzenden des Central-Ausschusses; 7) Bestimmung des Vororts zum nächsten Kongreß. Wir ersuchen alle Kollegen, welche in einer größeren Vereinigung die Förderung unserer Interessen erblicken, den Kongreß durch Delegirte zu beschicken, damit die Wünsche der Majorität zur Geltung kommen. Mitgliedschaften existiren bis jetzt in Berlin, Dresden, Hamburg, Halle, Altona, Kiel, Braunschweig. Der Centralausschuß zu Berlin: Wolgast, Essner, Tegethoff. Die Control-Commission zu Dresden: Vorsitzender Schulze-Helling. Anmeldungen zum Kongreß nimmt bis zum 25. Mai entgegen.  
Schulze-Helling, Dresden, Papiermühlengasse Nr. 10.

## Correspondenzen.

Leipzig. Der gegenwärtige Stand der Affaire Hefner erhebt aus nachstehendem Briefe:

„An die Kgl. Generalstaatsanwaltschaft in Dresden.“

„Connewitz bei Leipzig d. 4/5.“

„Vor 3 Wochen beschwerte ich mich bei der Kgl. Generalstaatsanwaltschaft darüber, daß die Kgl. Staatsanwaltschaft zu Leipzig auf meinen damals bereits 4 Wochen alten Criminaluntersuchungsantrag gegen den Polizeidirektor Hrn. Dr. Rüder noch immer keinen Entschluß gefaßt habe. Ich fügte meiner Beschwerde das Gesuch bei, die Kgl. Generalstaatsanwaltschaft wolle geneigt sein die Kgl. Staatsanwaltschaft zu Leipzig zu einer schleunigeren Erledigung dieser Angelegenheit auffordern in Anbetracht der mir täglich bevorstehenden Ausweisung aus Leipzig, damit es nicht den Anschein gewinne, als würde die Sache so lange hingezogen, bis ich ausgewiesen und der Möglichkeit, meine Rechte als Beschädigter persönlich zu wahren, beraubt sei.“

„Einige Tage darauf theilte mir die Kgl. Staatsanwaltschaft mit, daß sie nur noch auf die Polizei-Akten warte, nach Eingang derselben aber „alsbald“ Entschliebung fassen werde.“

„Seit dem 25. April sind nun, wie ich positiv weiß, die gedachten Akten für die Kgl. Staatsanwaltschaft disponibel; und selbst wenn sie nicht disponibel sind, so hat die Staatsanwaltschaft in solchen Fällen bekanntlich allemal das Requisitionrecht. Gleichwohl läßt man mich schon 7 volle Wochen warten, ohne mir einen Bescheid zu ertheilen, — ein Verfahren, durch das ich unwillkürlich zu der Vermuthung gedrängt werde, als solle ich unter allen Umständen mundtot gemacht werden. Befürchtete ich in dieser meiner Vermuthung nicht bloß dadurch, daß das Kgl. Ministerium mein Gesuch — meine Ausweisung aus Leipzig bis zur Erledigung meines Strafantrags zu suspendiren — einfach ad acta gelegt hat, sondern noch mehr durch den Umstand, daß — gleich nach meiner Ausweisung aus Leipzig — Herr Gerichtsamtmann von Petrikowski mich aus Connewitz und dem ganzen Polizeibereich des Gerichtsamts II ausgewiesen hat. Notabene: Herr Gerichtsamtmann von Petrikowski ist gleichzeitig Mitglied des Directoriums des Leipziger Polizeiamts; als doppelter Amtcolleague des Herrn Dr. Rüder verfuhr er denn auch in der rigorosesten Weise gegen mich, indem er mir befahl, bei Vermeidung der Arretur den Amtsbezirk innerhalb 24 Stunden, d. h. bis heute Sonntag Nachmittag um 6 Uhr zu verlassen. Suspendirte Kraft wollte der mit Ausführung dieser Angelegenheit beauftragte Herr Assessor von Kallisch meinem gegen den Ausweisungsbefehl eingewendeten Rechtsmittel des Recurses nicht beilegen, weil die Ausweisung auf einer kreisdirectionellen Verordnung vom Jahre 1852 beruhe, wonach, wer in Leipzig nicht wohnen dürfe, auch in den beiden Gerichtsämtern nicht gebuldet sei. Ich habe also jetzt abzuwarten, ob die Kgl. Kreisdirection meinem Rechtsmittel Suspendirte Kraft beilegen will. Im Nichtfalle des Letzteren ist es mir faktisch „gehehlich“ unmöglich gemacht, meinen Strafantrag selber durchzuführen.“

„Die Kgl. Generalstaatsanwaltschaft kann es mir nicht verdenken, wenn ich ganz und gar abgeneigt bin, zu glauben, daß in dem Zusammenhang der obberührten Verhältnisse nur ein bloßes Spiel des Zufalls walle. Auf der einen Seite eine nunmehr 7wöchige Verzögerung in meinem Strafantrag und auf der andern eine unerhörte Dampfschwindigkeit in meiner Ausweisung — das kann doch nicht reiner Zufall sein! Es ist ja sonst nicht Unus der Kgl. Staatsanwaltschaft, so wichtige Strafanträge 7 Wochen

lang liegen zu lassen! Ich erinnere mich beispielsweise: Als ich vor 2 1/2 Jahren wegen „Vorbereitung des Hochverraths“ in Untersuchungshaft genommen worden war und nach achtzägiger Haftdauer den Untersuchungsrichter fragte, „wie lange es wohl noch dauern würde“, erklärte mir derselbe sehr verlegen, daß die „Dauer“ vorläufig nicht abgesehen werden könne, weil noch kein Anfang möglich sei, indem das Hauptbelastungsmaterial sich bis dato in Braunschweig befände und ihm, der noch gar nicht an fait sei, erst in der nächsten Zeit zugehen könne.“

„Damals also wurde nicht 7 Wochen mit der Entschliebung gewartet, sondern man faßte sie sogar schon, ehe das Hauptmaterial für die Untersuchung disponibel war. Damals galt's aber auch keinem Polizeidirektor, sondern 3 Sozialdemokraten.“

„Ich gebe der Kgl. Generalstaatsanwaltschaft die Versicherung, daß ich nicht noch einmal um etwas bitten werde, was mir die Justiz, ohne sich auf's Schwerste zu compromittiren, nicht verweigern kann.“

Ergebenst

A. Hefner.“

Leipzig, 8. Mai. Warnung für Buchbinder. Es darf nicht wundern, wenn gegenwärtig der Ausstellung wegen viele Arbeiter nach Wien gehen, und daß somit, trotz der gesteigerten Produktion, der Arbeitsmarkt überfüllt wird. Eine andere Bewandniß hat es jedoch mit Deuten, welche durch große Reclame zum Binden des Ausstellungs-Katalogs nach Wien gelockt werden. Es waren da Versprechungen gemacht als: freie Reize durch Fahrkarten, billiges Logis am Plage u. s. w. Wir bringen nun zwei Mittheilungen, welche dem Leipziger Buchbinderverein zugehen, zur allgemeinen Kenntniß.

Erste Nachricht. — Alle Leipziger „reingefallen“! Vor Zuzug zu warnen. Viele wären sofort wieder abgereist wenn das Geld gelangt hätte. Alles sehr theuer und der Verdienst nicht angemessen. — Zweite Nachricht: Für diejenigen, welche noch Karten für Wien haben, um die Kataloge den Wienern billiger zu machen: 1) Auf die Karte muß ziemlich 6 Gulden nachgezahlt werden. 2) Eine Schlafstelle, Zwei in einem Bett, 6 Gulden per Mann und Monat. 3) Vergeben noch 8 bis 14 Tage, ehe der Druck fertig. Wochenlohn 11 Gulden. Den Wiener Kollegen war dies zu wenig, und es gab Differenzen. Wir bitten also dies zu berücksichtigen!

H. Richter.

Chemnitz. Der „Volkstaat“ brachte neulich Berichte über das Elend der Strumpfwirker in Selenau und über die Lage der Weber in Ströhlau. Man braucht aber nicht über das Reichthum der Stadt Chemnitz hinauszugehen; die Noth ist auch hier in demselben Maßstabe vorhanden, wie anderswo. Man höre: Für 5 Stück brodirten Orleans wird der hiesige Weber mit 24 Thlr. 5 Ngr. abgelohnt, davon gehen aber pro Stück 11 Ngr. Anslagen für Spulen u. s. w. ab, so daß also ein Lohn von 22 Thlr. 10 Ngr. übrig bleibt. Um den aber verdienen zu können, muß der Weber acht Wochen angestrengt arbeiten, verdient also pro Woche 2 Thlr. 23 Ngr. — Ist es bei den gesteigerten Lebensmitteln und Miethspreisen ein Wunder, wenn die Familien damit nicht anzukommen vermögen, daß sie sich nur halb fatteden können und so eines langsamen Hungertodes sterben?

Stangendorf, 22. April. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt. Die Tagesordnung war: „Erhebung eines Protestes gegen das Verfahren von Seiten des Reichstags, des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern gegen unsern Reichstagsabgeordneten Nebel, und die Prinzipien der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, worüber Uhle aus Chemnitz referirte. Die Versammlung war eine sehr zahlreich besuchte, besonders waren die Frauen äußerst stark vertreten. Der anwesende Polizeinspektor Hohl wollte die Frauen entfernen, weil diese durch ihr Schreien die Versammlung störten. Ein allgemeines Hohngelächter war die Antwort auf diese geistreiche Motivirung. Ich bedeutete Herrn Hohl, daß ich für die nöthige Ruhe einstehe. Der Referent Uhle ergriff das Wort und erklärte dem Herrn Hohl in ganz bescheidener Weise, daß es an vielen andern Orten namentlich in den Städten gebräuchlich sei, daß Männer ihre Frauen und daß Unverheirathete ihre Geliebte mit auf Volksversammlungen nehmen. Herr Hohl richtete nochmals entschieden die Frage an mich, ob ich die Frauen aus dem Saale verweisen wolle oder nicht, was ich verneinte, worauf er sich zufrieden gab. Der Referent schilderte zunächst aus der Geschichte die Stellung der Arbeiter im Alterthum und bewies, daß die jetzigen Arbeiter wenn auch nicht so augenfällig, so doch in anderer Form immer noch Sklaven des Kapitals seien, deren Lage sich von Tag zu Tag verschlimmere. Um bessere Zustände herbei zu führen, sei es eines Jeden Pflicht, in unsere Reihen einzutreten, um den freien Volkstaat zu erringen, in dem die sozialdemokratischen Prinzipien zur Geltung gebracht werden könnten. Redner bemerkte, daß der einzige Vertreter unserer Partei im Reichstag Herr Nebel sei, der sich zur Zeit in Haft befände. Dazu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung protestirt gegen den Beschluß des Reichstags, durch welchen der Vertreter unseres Wahlbezirktes im Gefängniß belassen wurde. Sie betrachtet es als ein Zeichen namensloser Ohnmacht, wenn eine Volksvertretung erklären muß, nicht die Macht zu besitzen, ein wegen politischer Vergehen im Gefängniß befindliches Mitglied für die Dauer einer Session frei fordern zu können. Die Volksversammlung protestirt ferner wegen des ihrem Vertreter durch das Kgl. Sächs. Justiz-Ministerium verweigerten Urlaubs. Sie erblickt in diesem Beschluß eine Nichtbeachtung des Volksmandats und einen Akt, der den Willen der Wähler nicht zum Ausdruck gelangen läßt. Die Volksversammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor fest und trenn zu ihren Vertretern steht; sie fordert ihn auf, das Mandat für den 17. Wahlbezirk zu behalten und spricht hiermit aus, daß sie ihn als ihren Kandidaten auch für die nächstjährige allgemeine Reichstagswahl ansieht.“ Nachdem die nächstjährige allgemeine Reichstagswahl ansieht.“ Nachdem der zweite Punkt — das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei — gründlich erläutert und die Zeit weit vorgeschritten war, ergriff ich das Schlußwort und ermahnte die Versammlung, zum Anschluß an unsere Partei, sowie daß es nicht genüge, Vereinen anzugehören, die zwar mitunter den Namen „Arbeiterverein“ an sich tragen, aber nur gefellige Zusammenkünfte und ein paar Bälle zum Zweck hätten; es müßten unseren Bestrebungen auch materielle Opfer gebracht und unsere Prinzipien durch rege Agitation weiter getragen werden; ferner empfahl ich die sozialdemokratischen Schriften, insbesondere den „Volkstaat.“ Die Frauen machte ich darauf aufmerksam, daß sie unendlich viel zur Förderung unserer gerechten Sache beitragen könnten, indem sie aus ihren Kindern tüchtige Bürger bildeten. Den Kindern müßten so zu sagen unsere Prinzipien mit der Muttermilch eingefloßt werden. Damit schloß ich die Versammlung.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Flecksig.

Jo hannsgergenstadt, 1. Mai. (Neue Ausbreitung.) Vergangenen Montag, als den 28. April, hatten wir Tischlergesellen eine Zusammentkunft, in der unsere derzeitige Lage die Tagesordnung war. Da wird man ja unwillkürlich an Gardinen erinnert und an die Predigten, so oftmals dahinter schlafen. Red. d. B.

ordnung bildete. Schwer empfinden wir schon sehr lange, wie wir nur viel zu arbeiten haben und wie wenig unser Lohn, wie mangelhaft er für uns und unserer Familie Lebensunterhalt ist. In directen, sowie indirecten Steuern aller Art finden wir uns sehr vorgezogen, an eine Besserung unserer Lage ist aber ohne Organisation nicht zu denken. In Folge dessen haben wir den Beschluß gefaßt, uns der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, resp. den internationalen Genossenschaftlichen anzuschließen. 72 Mann (Tischler) haben sofort durch ihre Namensunterschriften zu erkennen gegeben, beigetreten, eine hübsche Anzahl zum Beitritt ist noch in Aussicht. Demzufolge wurde beschlossen: nächsten Sonntag über acht Tage, als den 11. d. M., eine Volksversammlung hier abzuhalten, welche zur festen Begründung unseres Vorhabens dienen soll. Da es nun in den benachbarten Umgebungen an derartigen Vereinen fehlt und wir in dieser Beziehung sehr unzulänglich dastehen, ersuchen wir die Partei, uns an gedachtem Tage einen oder mehrere tüchtige Referenten zuzuschicken und uns schon im Voraus mit den nötigen Versammlungseinleitungen bekannt zu machen. Also! Tüchtige Referenten! Es wird den Parteigenossen bekannt sein, daß schon vor einigen Jahren ein ähnlicher Verein hier mit einigen 30 Mitgliedern bestanden hat, jedoch aus dem Leim getrieben wurde; den damaligen Leiter desselben hat man nachträglich bis auf Haut und Knochen abgeschlachtet, natürlich nicht gleich so direct, sondern wie gewöhnlich sein indirect! Also alles das soll uns nicht wieder passieren. Es steht zu erwarten, daß man uns alles Mögliche, um unser Vorhaben zu hindern, in den Weg legen wird und deshalb heißt es bei der Gründung mit Vorsicht und Energie vorgegangen! Schon am nächsten Tag nach unserem Beisammensein gab sich die hiesige Polizei anständige Mühe, Alles rein herauszufischen, was nur möglich war, und zwar in folgenden Fragen: a. Ob der Bergmann Schneider mit bei der Versammlung gewesen; b. wer das Wort geführt; c. ob ein Zeitungsblatt zur Leitung benutzt wurde; d. was für eine (nun, doch wohl nicht der „Erzgebirgische Volksfreund“, sondern der „Volksstaat“) u. Nun, diese Fragen sind ganz der Wahrheit getreu beantwortet worden und wir sind der festen Ueberzeugung, wenn Schneider erfährt, daß er bei diesen lieben Leuten immer noch in gutem Andenken gehalten wird, so wird er sich darüber freuen, denn derartige Gemüthlichkeiten machen sich gerade hier, wo die Gemüthlichkeit ganz gemüthlich zu Hause ist, sehr gemüthlich!

Mit Gruß und Bruderhand  
die Tischler zu Johannegeorgenstadt.  
Friedrich Strobel, Beauftragter.

**Münchenbernsdorf.** Am 23. März hielt die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Münchenbernsdorf und Neuhardt in Neuhardt a. D. eine Versammlung ab behufs einer Besprechung der künftigen Reichstagswahl. Es wurde beschlossen, die Agitation diesen Sommer kräftig zu betreiben und auch die Orte, wo noch keine Mitgliedschaften der Partei bestehen, heranzuziehen, öffentliche Versammlungen abzuhalten und Triptis als Mittelpunkt für den Neuhardter Kreis anzunehmen, damit Anna, Weida und Berga mit in Agitation genommen werden können. Für Deichwolframsdorf, das zu weit abgelegen, wurde beschlossen, von Sachsen aus zu agitieren. Der Jenaer Kreis soll von Weimar aus bearbeitet werden. Jeder Ort, wo eine Mitgliedschaft ist, möge ein Wahlcomité einsetzen, damit die Agitation nicht vernachlässigt wird. — Das Hauptaugenmerk bei der Wahltagung ist bei uns auf die Landbevölkerung zu richten. Der Same, den wir ausstreuen, geht in keinem Dorfe verloren. Vor einem Jahre agitirten wir hier ebenfalls; damals gelang es dem Ortsparler — wir denken wohl noch dran — 200 Arbeiter gegen uns 10 Sozialdemokraten in einer Versammlung aufzuheben, so daß wir blutig geschlagen wurden. Heute ist's anders. Drum frisch an die Arbeit, Parteigenossen; thue Jeder seine Pflicht, so werden wir einen schönen Sieg feiern. Mit sozialdemokratischem Gruß E. Rudolph.

**Eisenach.** 27. April. Am Montag den 21. d. M. hatten wir die Schuhmachergesellen und Kleinmeister zu einer Versammlung eingeladen, in welcher Hr. B. Bod aus Gotha das Referat übernommen hatte. Derselbe sprach zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden, er wußte die jetzige Lage der unbemittelten Arbeiter gegenüber der Kapitalmacht vollkommen klar zu legen. Da auch verschiedene Arbeiter der Versammlung beiwohnten, so versäumte Herr Bod nicht, dieselben mehrere Mal zur Entgegnung aufzufordern, jedoch ohne Erfolg. Unter den hiesigen Gesellen sind nun leider sehr viele aus der Umgebung, die noch gar kein Verständnis, wohl aber sehr große Furcht vor ihren Arbeitgebern haben. Trotzdem wurde aber eine Mitgliedschaft der internationalen Schuhmachergewerkschaft gegründet und zeichneten sich 30 Mitglieder ein. Wir werden Sorge tragen, daß sich die Mitgliedschaft bedeutend vergrößert. Herrn Bod sagen wir den besten Dank.  
Max Sälzer, Bevollm.

**Berlin.** Warnung an die Arbeiter. Die Mägel- und Pianofortfabrikanten haben sich gegen die Arbeiter zusammengesetzt, um einen Strike vorzubringen. Jedes Mitglied der Coalition hat eine Kautions hinterlegen, welche den fünffachen Betrag seiner Arbeiterzahl, in Thalern ausgedrückt, jedoch mindestens 50 Thaler zu betragen hat. Beigetreten sind dem Vereine gegenwärtig 52 Fabrikanten, unter denen die größten nicht fehlen, welche zusammen 1780 (etwa 90 Prozent der in dieser Branche in Berlin beschäftigten) Arbeiter beschäftigen, und 9000 Thaler Kautions in Solanachfeld hinterlegt haben als Kautions für etwaige Conventionalstrafen. — Auch die Tischlermeister haben sich dem Tischlerstrike gegenüber coalitirt.

**Ossenbach.** Unterzeichnete bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß Wilhelm Kölsch, seither Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sowie der internationalen Genossenschaft der Schuhmacher, wegen seines intriganten Vorgehens gegen dieselbe laut § 6 ausgestoßen wurde. Aus der Partei war derselbe schon geraume Zeit vorher ausgetreten. Es können also keinerlei Beziehungen zu ihm oder Correspondenzen an ihn mehr stattfinden, weder seitens der Partei, noch von der Genossenschaft.  
Heinrich Schäfer, Bevollmächtigter.  
Peter Müßig, Vertrauensmann.

**Heidelberg.** 26. April. In der gestern Abend hier abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen sozialdemokratischen Partei wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:  
1) Die sozialdemokratische Arbeiterpartei des Wahlbezirks Heidelberg stellt einen Candidaten für den Reichstag auf.  
2) Ist ein solcher vorhanden, daß der Candidat durchdringt, so muß die Partei nicht allein ihre eigenen Mittel, sondern auch die Hilfe anderer Bezirke dazu benutzen.  
3) Ist jedoch im Voraus sicher, daß die Wahl nicht zu Stande kommen kann, so soll sie nur als Agitation betrieben werden, und ein anderer Wahlkreis, in dem ein Candidat unserer Partei Aussicht hat gewählt zu werden, von uns mit allen Kräften unterstützt werden.

Nach kurzer Debatte wurde ein aus 7 Mitgliedern bestehendes Agitationcomité gewählt, welches das Recht hat, Versammlungen

einzuuberufen und dadurch hauptsächlich in den benachbarten Orten für die Wahl zu agitieren.

**Greunach.** 13. April. Heute hatten wir hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung. Vor dem Beginn der Versammlung stellte sich mir der ausschließliche hiesige Assessor vor mit den Worten: „Ich bin Assessor N. (den Namen des Herrn Beamten habe ich leider vergessen) aus Wöllstein und komme im Namen des Großherzogs, die Versammlung zu kontrolliren; sorgen Sie dafür, daß sie sich in den Schranken des Gesetzes hält“, worauf ich ihm erwiderte, wir Sozialdemokraten hielten uns immer in denselben, er möge es nur selbst thun, daß dies von seiner Seite geschehe. Nachdem wir das Bureau, darunter Leyendecker aus Mainz als ersten Vorsitzenden gewählt, erhielt A. Sabor aus Frankfurt das Wort und referirte über die Arbeiterbewegung. Am Anfange war die Stimmung der Anwesenden sehr gegen uns, nach und nach mit dem Entwickeln des sie überzeugenden Vortrages wandte sich dieselbe rasch auf unsere Seite, und zuletzt wurde der Redner oftmals von rauschendem Beifall unterbrochen. Als der Redner auf die heutigen staatlichen Verhältnisse zu sprechen kam, forderte ihn der Assessor auf, dieses Thema sofort zu verlassen, ansonsten er die Versammlung auflösen, selbst aber von Leyendecker den Standpunkt klar gemacht und Sabor sprach unter immer steigendem Beifall weiter; zuletzt forderte er die anwesenden Gegner auf, ihn zu widerlegen, worauf sich ein hiesiger Holzwaarenhändler Namens Wendling zum Worte meldete, und unter anderem Unsinn hervorbrachte, die Sozialdemokraten gingen mit den Ultramontanen Hand in Hand. Er wurde von Leyendecker so gründlich abgetrumpft, daß er unter dem Jauchzen und Hurrah des Publikums seinen Sitz verlassen mußte. Hierauf meldete sich ein etwas angetrunkenen Zwiebelhändler und Mitglied des hiesigen Wehr- und Kriegervereins Namens F. Schwarz zum Worte, blieb aber, da er kaum drei Worte gesprochen, stehen und mußte unter dem stürmischen Rufe: „Hinaus mit ihm! einsehen, daß nicht jeder Zwiebelhändler Redner spielen kann und sich zurückziehen.“ Hierauf erhielt Hr. Ehrhard aus Kaiserlautern das Wort, wurde aber, als er zum Eintritt in unsere Partei rief, von dem Assessor, der wahrlich die Post, die eben nach Wöllstein zurückfuhr, nicht veräumen wollte, und deshalb die Versammlung mit den sich so droßig anhörenden Worten: „Im Namen des Großherzogs, im Namen des Großherzogs, im Namen des Großherzogs erkläre ich die Versammlung geschlossen!“ unterbrochen, und hatte hiermit die Versammlung für heute leider ein Ende. So groß ist hier der Erfolg, daß uns die Leute bis in eine andere Wirthschaft nachzogen und sich einschreiben ließen.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
J. Hessel jun., Vertrauensmann.

**Ferriers.** Hier und in der Umgegend sind augenblicklich in Folge von Geschäftstodung und ohne Strike 3000 Arbeiter erwerbslos.

**Erklärung.**  
Hof, 7. Mai. Ueber die schon in zwei Nummern des „Volksstaat“ erwähnte Angelegenheit habe ich dem Ausschusse schon längst hinreichende Mittheilungen gemacht und wird der nächste Parteicongress darüber zu entscheiden haben.  
Carl Lientz.

**Todes-Anzeige.**  
Am 3. Mai d. J. hat unser lieber Freund, Paul Grottkau, großartiger Agitator des Allgem. deutschen Arbeitervereins, mit den Mitteln des Allgem. deutschen Maurervereins, an sich den moralischen Selbstmord vollzogen, wie aus nachstehender herzbrechenden Zuschrift hervorgeht:  
„Berlin, 3. Mai. An die Redaktion des „Volksstaat“. Da die Redaktion des „Volksstaat“ gegen ihre bessere Ueberzeugung, fortwährend gegen meine Person in unerhört rechtswidriger Weise hegt, möge dieselbe hierdurch erfahren und ihren Gesinnungsgenossen in Berlin zu wissen thun, daß von nun ab, falls nicht ein Widerruf aller Verleumdungen gegen die Organisation der Maurer, sowie meiner Person, in der nächsten Nummer des „Volksstaat“ erscheint, meinerseits keine Rücksicht mehr gegen ihre Partei genommen wird.  
Lernen Sie nunmehr von einer anderen Seite, mich, unsere Organisation und unsere Macht kennen. — Sie haben es nicht besser gewollt.  
Wir bringen diesen betrübenden Todesfall, der nach dem Urtheil erprobter Aerzte unausweichlich eine Folge mangelnder Berufung war, unseren Freunden zur Kenntniß, mit der speziellen Bitte an die Berliner Parteigenossen, dem Unglücklichen eine gebührende Grabstrafe widmen zu wollen.  
In tiefster Betrübnis  
die hinterbliebene Redaktion des „Volksstaat“.

**Briefkasten.**  
der Redaktion. Herrn Emil Pfeffer in Worms: Es ist nicht wahr — was Sie in Nr. 53 des „Neuen Soz.-Dem.“ behaupten — daß wir Ihre Verächtung „gefälscht“ hätten. Wir haben sie bloß gekürzt, indem wir Alles, was nicht thatsächlich war, b. h. Ihre Schimpferien und Raisonnements weglassen. Warum geben Sie nicht im „Neuen“ genau an, worin unsere Fälschungen“ bestanden haben? In 20 Zeilen — so viel verdrängen Sie im „Neuen“, um uns der „Fälschung“ anzuliegen — hätten Sie, wenn Sie wollten, diesen Nachweis wohl führen können. H. K. Leipzig: Was Sie erstreben, ist nichts anderes, als was die Sozialdemokratie auch will und der Weg, den sie betreten hat, ist der einzige, der zu dem freien Volksstaat, den auch Sie wünschen, führt. Sehen Sie sich unser Programm genau an und Sie werden finden, daß Sie in Ihrer Zuschrift nur Forderungen im Allgemeinen aufgestellt haben, die von uns längst detaillirt und scharf bestimmt worden sind. Im Uebrigen sind wir entschlossene Gegner einer Massenwanderung. Hier in Europa, in Deutschland, muß unsere Freiheit geschaffen werden, und es wäre dumm und feig, vor unsern saulen Verhältnissen auszureichen. Furchtlos müssen wir ihnen ins Auge schauen und sie an Ort und Stelle anfassen — eine Flucht en masse würde haben wie drüben eine Verschlimmerung nach sich ziehen. Dies unsere Meinung, die wir gern des Weiteren mit Ihnen austauschen, wenn Sie die Waage abwerfen. Doctor Bekendahl-Fürth: Wir bitten, uns von den gedruckten Allenfäden ein oder mehrere Exemplare zugehen zu lassen. H. Budapest: Wir acceptiren den Beschluß mit Freuden und bitten um h. h. Adresse, um weitere Mittheilungen auszutauschen. Besten Gruß! „Neuer Soz.-Dem.“ in Berlin: Bezüglich Ihrer Behauptungen, daß Sonnemann den „Volksstaat“ subventionirt habe, wird Ihnen in nächster Nr. der Standpunkt klar gemacht werden.  
der Expedition. Von Sig Hof: Schr. 1 Thlr. Bon A. Do Hamburg: Ab. erstes Qu. 6 Thlr. Bon A. Wölffs Hannover: Ab. erstes Qu. Thlr. 1. 5. Bon J. Elm Jarocin: Ann. 1 Thlr. Bon Hermann Leipzig: Ab. 9 Gr.; Röhde: Ab. zweites Qu. 12 Gr.; Dr. Schr. 13 Gr. 5 Pf. Bon Arb.-Bild.-Ver. Klagenfurt: Ab. erstes Qu. Thlr. 2. 10. 5. Bon B. Dül Elgersweier: Schr. u. Abem. 22 Gr. Bon J. Fildr Solingen: Schr. 1 Thlr. Bon Wdr Neundorf: Schr. Thlr. 3. 7. Bon J. Müller Leipzig: Ab. zweites Qu. 15 Thlr. H. H. Müller Chemnitz: Die bemühte Ann. kostet 7 Gr., die Ankündigung des Verfalls Thlr. 1. 18. Bon B. Zpl Breslau: Ab. viertes Qu. 1872 20 Thlr. Musikantenprover. Wien:

Ab. erstes Qu. 4 Thlr. Viedertafel „Borm.“ Hamburg: Ann. 21 Gr. Bon A. Gb Hamburg: Schr. 15 Thlr. Bon A. Somnu Altona: Einzelverk. „Volksstaat“ erstes Qu. Thlr. 8. 6. 6. Bon A. Wlir Reuba: 1. Monat Mai 8 Gr.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**  
Antheilscheine bez. Antheilsquittungen erhielten ferner: in Borna 1 Thlr. 1; in Duisburg Chr. Olds 1 15; C. Cln 1 15; in Leipzig 1 Thlr. 20; Aug. Hof 10; in Großschmiedau Chr. Eren 10; Manuf. G. Gem. 10; in Limbach W. Weib 6, C. Pr. 1, C. Schum 2, Th. Hrn 1, C. Hhr 1; in Kuerbach E. Witz 5; in Leipzig 3. Mrz 1, Frau Mrz 1 in Hamburg A. Gb 5. 15, J. A. Mrz 9, Chr. Hhr 2. Dablich.

**Fond für pol. Gemafregelte.**  
Von L. Wittig in Kuerbach 12 Gr. Von der Metallarbeitergesehft Leipzig 23 Gr.

**Berlin. Sozialdemokratische Arbeiterpartei.**  
Bezirksversammlungen.  
Montag den 12. Mai, Abends 8 Uhr:  
Gartenstr. 13/14 bei Bretschneider:  
Vortrag des Herrn Risse. Discussion. Verschiedenes.  
Landwehrstr. 11 bei Meißner:  
Vortrag des Herrn Meißner. Discussion. Verschiedenes.  
Rauhenstr. 31 bei Glogig:  
Vortrag des Herrn Meißner. Discussion. Verschiedenes.  
Das pünktliche Erscheinen ist durchaus nöthig. Um zahlreichen Besuch der Parteimitglieder und Parteifreunde bitten  
Das Agitations-Comité.  
J. A.: Heinsch, Vertrauensmann.

**Berlin. Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
Sonntag, den 11. Mai, Vormittags 10 Uhr: Versammlung des Vätervereins im Heise'schen Lokale, Landsbergerstraße Nr. 15. Tagesordnung: 1) Verschiedenes. 2) Vortrag.  
Um zahlreichen Erscheinen bitten  
Der Vorstand.

**Breslau. Sozialdemokratische Arbeiter-Partei.**  
Montag, den 12. d. M., Abends 8 Uhr finden zwei öffentliche Versammlungen statt; die erste in Kuhnert's Restaurant Vorderbleiche 7. — Tagesordnung: „Der Biertravall in Mannheim und Frankfurt und die Spekulation der liberalen Presse.“ Die zweite in Lowag's Gartenfaal zur Wilhelmshöhe in Herbadin. Tagesordnung: „Die gebrühte Lage der Arbeiterklasse und die Mittel zur Abhilfe.“ Die Parteigenossen werden aufgefordert, für recht zahlreichen Besuch beider Versammlungen thätig zu agitieren.  
H. Dehne.

**Chemnitz.** Morgen, Sonntag den 11. Mai, Mittags, findet ein Ausmarsch der hiesigen Metallarbeiter nach dem Schloßhaus in Grünau und seiner reizenden Umgebung statt. Der Ausmarsch erfolgt mit Musik. Alle hiesigen und auswärtigen Arbeitercorporationen, Freunde und Parteigenossen werden zu diesem Ausmarsch eingeladen.  
Der Ausschuss der Metallarbeitergewerkschaft.

**Constanz.** Dienstag, den 12. d. M., Parteiversammlung bei Pfesmer. Wichtigere Angelegenheiten halber ist das Erscheinen Aller Ehrenpflicht.  
Zugleich machen wir hiermit allen Arbeitern, die hier zureisen, bekannt, daß wir hier einen Arbeits-Nachweis für alle Geschäfte bei Restaurateur Meßmer, Graben-Allee errichtet haben.  
Der Vertrauensmann.

**Freiburg i. S. Volksversammlung.**  
Sonntag, den 11. d. M., Nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: „Die Stellung der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft.“ Alles Nähere durch die Lokalkblätter und Plakate.

**Hamburg. Sozialdemokratische Arbeiter-Partei.**  
Versammlung, Sonntag den 11. Mai, Nachmittags 4 Uhr präzis, in Hansch's Clublocal, Schauenburgerstraße 14. (großer Saal). Tagesordnung: 1) Vortrag von Grib über die Parteien in Deutschland. 2) Neuwahl eines Ausschussmitglieds an Stelle des ausgetretenen Herrn Siedentopf.  
Die Parteigenossen in Hamburg-Altona, Harburg und Wandsbek sind sammtlich zu dieser Versammlung eingeladen.

**Leipzig Internationale Metallarbeitergesehft.**  
Sonabend den 10. Mai: Sitzung im weißen Adler, Burghstraße. Anträge zur Generalversammlung.  
Montag den 12. Mai: Roudmigerstraße bei Arnold. Cassenbericht. Fortsetzung der Statutenvorlage.

**Leipzig Sektionversammlung der Tischler u. Pianofortarbeiter.**  
Sonabend den 10. Mai, Abends 8 Uhr, bei Zeidler, Windmühlenstr. 7. — Tagesordnung: Die Inhandnahme des Arbeitsnachweises seitens der Gesellen.  
Das Erscheinen Aller ist dringend nöthig. [26]

**Leipzig** Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung der G.-S. D. St.

**Reuschönefeld Arbeiterverein für Reuschönefeld und Umgegend.**  
Montag den 12. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung im Bergschloßchen. — Tagesordnung: Diskussion.

**Planitz b. Z.** Allen Parteigenossen zur Nachricht daß jederzeit Parteijahres- u. Monatsabonnements bei Unterzeichnetem angenommen werden.  
Franz Weber.

**Thonberg bei Leipzig. Arbeiterverein für Thonberg und Umgegend.**  
Montag, den 11. Mai, Abends halb 9 Uhr: Vereins-Versammlung im „Gasthaus zum Thonberg“. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der Vorstand.

Allen zureisenden Horn- und Holzdrechslergesellen, welche in Leipzig Arbeit nicht erhalten, wird eine Unterstützung von 7 1/2 Sgr. gewährt bei Julius Thiele, kleine Fleischergasse Nr. 22. (4)

**An diejenigen Parteigenossen,** welche gewillt und befähigt sind, die Redaktion von Parteiorganen zu übernehmen, richten wir die Bitte, sich mit uns in Verbindung zu setzen.  
Der Ausschuss der soz.-dem. Arbeiterpartei.  
Th. Nord,  
Hamburg, Erste Vorsetzen, Hof 13.

**Neuestes Proletarier-Piederbuch**  
von  
Johann Most.  
3. Auflage.  
Preis pro Exemplar 3 Mgr. In Partien bezogen billiger.  
Expedition „Chem. Freie Presse“,  
Leipzig, Lindenstraße 5.

**Chemnitz.** Meine Adresse ist jetzt:  
Theodor Nord, Erste Vorsetzen, Hof 13, Hamburg.

**Die Verwaltungen der Volksstaat-Expedition und der Genossenschaftsbuchdruckerei** bitten dringend, bei Einfindung von Geldern ganz genau anzugeben, wie dieselben gebucht werden sollen. Durch Unterlassung dieser Maßregel entstehen Verwirrungen, welche eine correcte und pünktliche Geschäftsführung zur Unmöglichkeit machen.  
Leipzig: Verantw. Redacteur E. Casper. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.